Düsseldorfer Zeitung.

№ 112. Freitag den 21. April. 1848.

Uebersicht.

Die neueste Tagesgeschichte im Rückblick auf die Vergangenheit.

Amtliche Nachrichten.
Deutschland. Düsseldorf (Deputirte der Handelskammern des Regierungsbezirks; Reorganisation der Volksschulen). Gerresheim (der Bürgermeister und der Hauptmann). Münster (die Elberf. Ztg.). Trier (Errichtung einer Arbeitskammer). Posen (Bekanntmachungen). Frankfurt (Geldstempelhlungen als Abgeordnete zur konstituirenden Nationalversammlung). Leipzig (Vorschußbank). Rendsburg (Nachrichten vom Kriegsschauplatz).
Oestreich. Wien (Zusicherungen des englischen und des sardinischen Kabinets; Radetzky).
Frankreich. Paris (die Republik und die Communisten).
Spanien. Madrid (Handkuß bei der Herzogin v. Montpensier).
Portugal. Lissabon (direkte Wahlen; große Zugeständnisse).
Italien. Mailand (Nachrichten vom Kriegsschauplatze).
Moldau und Wallachei. Bukarest (beabsichtigte gewaltsame Staats-Umwälzung).

☞ Die geehrten Abonnenten der Düsseldorfer Zeitung werden die am 20. April Morgens ausgegebene außerordentliche Beilage zu Nr. 111 erhalten haben.

T Düsseldorf, vom 20. April.

Die neueste Tagesgeschichte im Rückblick auf die Vergangenheit.

VIII.

Die Versammlung des Volkes, die aller Orten der Volksversammlung vorausgeeilt, hat ihre Schrecken verloren, sowohl wo eine Verständigung eingetreten, wie in Frankfurt, als wo sie in untergeordneten Kreisen zur Zeit noch vermißt wird. Zur Conspiration ist es nicht gekommen, konnte es nicht kommen, weil die Einfluß suchten, keinen geheimen Widerstand fanden, und die offene Darlegung der gemeinsamen Interessen von Seiten der obersten Behörden, jedem Verdachte zuvorkam. Was wir aus Baden von Hecker und Blind, Hecker und Struve vernehmen, gehört viel mehr der politischen Verzweiflung als der Conspiration an, und was die in Straßburg verlauten lassen, klingt wie Läuten vor einem Gewitter, das inmittelst die Fluren gesegnet hat.

Die nunmehr besiegten Regierungsmarinen haben zu lange und zu allgemein verletzt, als daß sie Verschwörungen hätten erwecken können, sie eilten, alle gesetzliche Stadien durchschreitend, ihrem Ende zu. Der Versuch, sie mit Gewalt zu behaupten, wo er gemacht worden, war ihr Tod.

Das deutsche Volk conspirirt nicht. Die darauf speculirt haben, um es zu knechten, sind der Verachtung nicht entgangen; wie sollten, die es durch Verschwörung befreien wollen, Anhang finden! Das Eine wie das Andere widerstrebt der Majestät des Volkes.

Deutschland, dadurch, daß es dynastisch getheilt war, vor Zerrissenheit bewahrt geblieben, hat die Einigkeit, die es erstrebt, nicht aus einer chaotischen Verwirrung herauszuschaffen, vielmehr in seinen Gliedern sich organisch darzustellen. Die, dazu Hand anzulegen, aus dem Volke erwählt werden, haben weiter auszuholen, als in einer Versammlung des Volkes zum Verständniß zu bringen möglich ist. Die bis heran zu Rath gesessen in Wien, Aachen, Carlsbad, Laibach, haben darin gesündigt, daß sie die Stimme des Volkes nicht hörten, und die jetzt zu Rath gehen, würden in denselben Fehler fallen, wenn sie den Behörden ihr Ohr verschlössen. Die Vergangenheit ist so wenig abzusperren, als die Zukunft zu verbauen ist. Die größte Strafe aber fällt auf diejenigen zurück, welche ewig herrschen wollen. Als Saturnus seine Kinder auffraß, schob Rhea ihm Steine unter.

Die Fürsten täuschen nicht mehr. Sie haben überlebt, was an ihnen täuschen konnte. Ihr Blick ist freier, ihr Ohr öffner als es je gewesen, ihr Wille so wohlwollend als er zuvor nicht hat seyn können. Die Antichambre ist weggeräumt.

Wie sich das Volk dazu verhalten wird, ist nicht zweifelhaft, wenn wir, von den wenigen Versammlungen des Volkes weg, auf die 15 oder zweimal 15 Millionen sehen; ist nicht zweifelhaft, wenn wir der Männer gedenken, die kaum aus dem Kerker hervorgetreten, den Dämon beschworen, der Kerker baut und füllt; ist nicht zweifelhaft, wenn wir in kleinen Kreisen thun, was die Männer im Großen thun, welche jetzt den Fürsten zur Seite stehen; ist endlich nicht zweifelhaft, wenn die Talente und Kräfte, die sich hin und wieder versuchen, aus den Uebungen und Bäßungen, die sie sich auferlegen, lernen wollen, wie leicht es ist, getäuscht zu werden.

Amtliche Nachrichten.

Dem Oberlandesgerichts-Assessor Becker zu Rees bei der Gerichts-Kommission daselbst und dem Oberlandesgerichts-Assessor von Briesen zu Iserlohn bei dem Land- und Stadtgericht zu Hagen sind etatsmäßige Assessorstellen verliehen; der bei dem Land- und Stadtgericht zu Meschede angestellte Oberlandesgerichts-Assessor Humperdink ist an das Land- und Stadtgericht zu Bochum, und der bei dem Land- und Stadtgericht in Essen fungirende Oberlandesgerichts-Assessor Davidis an das Land- und Stadtgericht zu Duisburg versetzt worden.

Vereinigtes Deutschland.

⊙ Düsseldorf, vom 18. April. Der Geldmangel und die Schwierigkeit, die nothwendigsten Zahlmittel für den Fortbetrieb der fabrizirenden Gewerbe herbei zu schaffen, tritt in den industriellen Distrikten des Regierungs-Bezirks Düsseldorf ganz besonders drückend hervor. Deputirte sämmtlicher Handelskammern dieses Bezirks hatten sich daher gestern hierselbst versammelt, um die, in den einzelnen Handelskammern aufgestellten Projekte zur Gründung von Beleihungs- und Diskonto-Kassen zu vergleichen. Im Laufe der Berathung wurden zwar die verschiedenartigsten Systeme aufgestellt; doch einigte sich die Versammlung zuletzt in der Ansicht:

1) daß die Gründung einer Nationalbank, die Uebernahme der Garantie auf Seiten des Staats, und die direkte Beleihung dem Zwecke am Besten entspreche und jedenfalls angebahnt werden müsse;
2) daß, weil die Zeit dränge, den einzelnen Orten, oder Vereinigungen von Orten zwar anheim gegeben werden müsse, die Gründung von Lokal-Bank-Einrichtungen unter verschiedenartigen, dem augenblicklichen Bedürfnisse angepaßten Bedingungen zu betreiben, jedoch nur unter der bestimmten Voraussetzung,
3) daß die Ausgabe nur eines einzigen, vom Staate ausgehenden Papiers als Werthzeichen für sämmtliche Lokal-Banken stattfinde und dabei keinerlei Privilegium, Vorzug oder separatistische Einrichtung gestattet werde, welche dem dereinstigen Beschlusse dieser Lokal-Banken an die in Aussicht zu nehmende National-Bank Schwierigkeiten entgegen stellen würden.

Eine zugleich erwählte Kommission sollte in diesem Geiste die weitern Maßregeln vorbereiten. Am Abend desselben Tages, an welchem diese Beschlüsse gefaßt wurden, traf jedoch das vom 15. d. M. datirte Gesetz über die Gründung öffentlicher Darlehns-Kassen hier ein, welches sofort alle Zweifel beseitigt, die von der Deputirten-Versammlung allgemein ausgesprochenen Wünsche befriedigt, die gehegten Erwartungen aber übertrifft. Indem der Staat die direkte Belehnung von Waaren und Effekten im ganzen Umfange des Reiches übernimmt, legt er die Garantie unmittelbar und solidarisch der Gesammtheit aller Bürger und aller vorhandenen Werthe auf. Das Vertrauen in die Kraft und Unerschütterlichkeit des preußischen Staates, dessen kühner und großartiger Ausdruck dieses neue Gesetz ist, wird nicht verfehlen, auf alle, im Staate aufgehenden und von ihm repräsentirten Einzel-Interessenten belebend zu wirken und Handel und Gewerbe mit Sicherheit in die gewohnten Bahnen zurück zu führen.

⊙ Düsseldorf, vom 20. April. Daß das jetzige Verhältniß der Schule zu den verschiedenen Elementen, mit denen sie vermöge ihrer Aufgabe in Berührung kommt, ein krankhaftes seyn müsse, ergibt sich schon allein aus dem Umstande, daß so viel darüber geschrieben wird; denn der Gesunde bedarf des Arztes nicht. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, hat auch ein hohes Ministerium der Unterrichts-Angelegenheit schon einen praktischen Schulmann mit der Ausarbeitung eines Planes zu Reorganisation der Volksschule beauftragt. Dies veranlaßte die Lehrer der Rheinlande und Westfalens künftigen Mittwoch in Köln eine allgemeine Lehrer-Versammlung zusammenzuberufen, wozu aus jedem Kreise zwei Deputirte gesandt werden sollen.

Zur Wahl dieser Deputirten und zur Besprechung ihrer Wünsche versammelten sich gestern die Lehrer des Kreises Düsseldorf. Der Vorsitzende, Herr Lehrer Basse, verlas ein ihm mitgetheiltes Circular, worin die nöthig scheinende Aenderung im Allgemeinen aufgestellt war. Es entspann sich eine Diskussion über die einzelnen Punkte, von denen der erste, „die Schule werde Staatsanstalt", einstimmig angenommen wurde, ohne jedoch der Kirche den ihr nöthigen Einfluß entzogen zu wissen. Ein zweiter Punkt, der ebenfalls einstimmig angenommen wurde, betraf die Beaufsichtigung und Beurtheilung der Schule durch Männer, die aus ihr hervorgegangen.

Zu Vertretern dieser und einzelner andern Punkte entschied sich die überwiegende Majorität für die Herren Herchenbach und Helmich.

+ Gerresheim (bei Düsseldorf), vom 18. April. Einzelne Behörden, sowohl im Civil wie beim Militär, können sich noch immer nicht in die Veränderung der Dinge schicken, sondern geben dabei noch die eifrigsten Anhänger des alten morschen Systems ab, dem man doch von oben herab gänzlich entsagt hat. Diese liefern dadurch den Beweis, daß sie nicht bildungsfähig sind und eben deshalb als unbrauchbar aus ihrem bisherigen Wirkungskreise entfernt werden müssen. Nur aus einem solchen falsch verstandenen, von oben herab gewiß nicht gebilligten Diensteifer lassen sich die vielfachen Verstöße und nach gehässigen Denunciationen riechenden Mißgriffe gegen einzelne Bürger von Seiten der Behörden erklären. Gelinder kann man es wenigstens nicht bezeichnen, wenn eine Militärbehörde auf einen leichtfertigen Bericht eines Hauptmannes hin über einen Büchsenschuß, den ein Bürger vor einem Soldaten in böswilliger Absicht gethan haben sollte, die sich jedoch bei genauerer civilgerichtlicher Untersuchung als völlig untergeschoben herausgestellt hat, da weder Wortwechsel noch sonst ein Grund zu einer solchen stattgefunden hat und bei einer vertraulichen Unterhaltung über Büchsenschlösser der Schuß in die Stubendecke gegangen ist, wenn da die Militärbehörde weiter berichtet, „daß der Vorfall bisher nur als eine Zufälligkeit angesehen worden, nach und nach aber das Ansehen gewinne, als sey Absicht dabei im Spiele gewesen." Was ist es anders als eine gehässige Denunciation und ein leichtfertiges Berichten, wenn besagter Hauptmann in seinem Berichte sagt, nachdem er obige Thatsachen entstellt mitgetheilt hat: an der feindlichen und aufgeregten Stimmung in Gerresheim soll vorzugsweise der N. N. schuld seyn? So habe derselbe z. B. in Gegenwart des Fourierunteroffiziers zum Bürgermeister Dies und Jenes gesagt, unter Anderm auch, was vielleicht den Unteroffizier und seinen Hauptmann am meisten verdrossen haben mag, daß man in Gerresheim keine Einquartirung haben wolle. Dies Letztere war nur insofern richtig, als man allgemein, wenn das Militär etwa durch übertriebene Aengstlichkeit der Behörden oder einzelner Einsassen requirirt worden sey, entschieden dagegen protestirte und wurde der Bürgermeister bei dieser Gelegenheit, weil er sich weigerte, den Protest aufzunehmen, von dem durch obigen Bericht quasi als Aufwiegler bezeichneten N. N. darauf aufmerksam gemacht, daß er Bürgermeister sey, von Bürgern und nicht von der Regierung unterhalten würde und die Bürgerschaft gegen solche Verdächtigungen bei derselben zu vertreten habe. Es mag allerdings dem von Wesel hergekommenen Militär, wo sich die allgemeine Bewegung Deutschlands zur Zeit ihres Abmarsches noch nicht gezeigt hatte, etwas spanisch vorgekommen seyn, ein freies Wort von einem freien Manne zu hören, der aber keineswegs über die Schranken der Gesetzlichkeit hinausgegangen ist. Nicht so leicht möchte der Herr Hauptmann darüber sich rechtfertigen können, daß er vor der versammelten Compagnie die Redensarten brauchte: „Laust die Bauern, wenn sie beim Exerziren im Wege stehen, nur über den Haufen" und „hau't nur tüchtig auf die Bürger los, wenn sie etwas wollen", da solche Aeußerungen in jetziger Zeit gar nicht geeignet sind, Aufregung und eine feindliche Stimmung, die verschuldet zu haben er den N. N. bezüchtigt, zu vermeiden. Glücklicherweise haben die Truppen, mit deren Benehmen man hier, mit sehr wenigen Ausnahmen, im Allgemeinen sehr zufrieden war, etwas mehr Einsicht und mehr freilich nicht anbefohlenen Takt gehabt, als daß sie solch unverantwortlichen Rathschlägen und Aufreizungen Gehör gegeben hätten.

Wenn bei solchen Vorfällen die Civilbehörde in der Person des Bürgermeisters nicht kräftiger einschreitet und die ihm anvertraute Bürgerschaft nicht besser gegen solche Anmaßung und Brutalität in Schutz nimmt, im Gegentheile sich wie zu Zeiten des Krautjunkerthums und der Zöpfe benimmt, so ist es hoch Zeit, daß man derselben den Zopf schneide, oder wenn man alle Ursache hat, das Wiederwachsen desselben zu befürchten, daß man auf gänzliche Entfernung des Zopfträgers antrage, zumal wenn außerdem noch so viele gegründete Veranlassungen dazu vorhanden sind.

†* Münster, vom 18. April. Die gestrige Elberfelder Zeitung bringt aus Münster von einem β Correspondenten einen Artikel, der von Unrichtigkeiten dergestalt wimmelt, daß es schwer hält, anzunehmen, sie seyen unabsichtlich vorgebracht; der schülerhafte Styl des Aufsatzes, die unverdeckten perfiden Angriffe, die in demselben enthalten sind, lassen zugleich die Quelle, aus der er geflossen ist, vermuthen. Der Correspondent behauptet, beim Wirth Nienen habe sich ein constitutioneller und beim Wirth Wiedemann ein socialistisch-communistischer (entweder ist diese Doppelbezeichnung ein Pleonasmus oder ein Widerspruch in sich selbst) Club gebildet; beim erstern Wirth existirt aber nur der katholische Verein, ein Communisten-Club in ganz Münster nicht. Er behauptet ferner, der Hr. Gierse sey von der öffentlichen Meinung beschuldigt, Proletarier aufgereizt zu haben; nicht aber die öffentliche Meinung, sondern nur einzelne Personen haben dergleichen Gerüchte ausgestreut und geglaubt, und die Rechtfertigung des gedachten Herrn wird diese wenigen von ihrem Unrecht, sofern es bewußtlos begangen war, überzeugt haben. Ferner will derselbe Correspondent auf den Oekonomen Fraling den Verdacht egoistischer Umtriebe und Aufreizungen werfen. Wenn Herr β Fraling kennte, würde er demselben Egoismus und „Fischerei im Trüben" wahrhaftig nicht vorwerfen; ob dieser in einer Art Freiheits-Rausch gegen das Gesetz gefehlt hat, steht noch gar nicht fest, wahrscheinlicher ist es sogar, daß er das Opfer perfider

Verdächtigungen oder mißverstehenden Unverstandes geworden. Endlich behauptet der β Correspondent, Herr Anneke (was die Bezeichnung Bruder soll, ist mir nicht klar) sey in Folge menschheitbeglückender Predigten in Hamm kürzlich bald zum Ritter des hänfnen Stricks geworden. Ich weiß zufällig sehr genau, daß Herr Anneke wenigstens seit zwei Monaten gar nicht in Hamm gewesen ist, eben so genau weiß ich aber auch, daß Herr Anneke an dergleichen Gesindel, welches mit Stöcken und Stricken gegen Ansichten zu Felde zieht, seine Worte nicht verschwendet.

Trier. Durch Beschluß des Gemeinderathes ist auf dem Stadthause eine Arbeitskammer errichtet worden, welche, bestehend aus einer großen Anzahl von Mitgliedern des Gemeinderathes und den selbstgewählten Deputationen aller Gewerbe, es sich zur Aufgabe gemacht hat, für diese schwere Zeit des Ueberganges zu einer geordneten besseren Zukunft das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitsuchenden zu vermitteln und, soweit dies nur möglich ist, Arbeit zu schaffen.

Durch den Patriotismus vieler unserer vermögenderen Mitbürger ist der Weg zur Erlangung der nöthigen Geldmittel schon angebahnt; wir sind überzeugt, diese werden nicht fehlen.

Die Aufgabe der Arbeitskammer ist aber eine sehr schwierige; zu ihrer Lösung reicht der Fleiß und die aufopfernde Ausdauer ihrer Mitglieder nicht hin. Die Hingebung dieser Einzelnen wird fruchtlos im Lärm des herrschenden Zwiespaltes verschwinden, wenn nicht die Mitwirkung aller Bürger zugesichert ist, und die Arbeitsuchenden in ihren Ansprüchen vernünftiges Maß halten und guten Willen bewähren.

Wir fordern die Mitwirkung aller Mitbürger in der Art, daß sie sich zur Beschaffung der Geldmittel an der freiwilligen Besteuerung, welche von vielen Seiten schon ins Leben gerufen ist, betheiligen; dann aber dadurch, daß sie nach Kräften dahin streben, alsbald Arbeit zu ertheilen. Mit starkem Geist muß die Furcht und die Besorgniß, welche die sonst in dieser Jahreszeit sich darbietenden Arbeitenden in Fesseln halten, verbannt werden; jeder sehe sich um, welche Arbeit er ausbieten kann, und mache davon der Arbeitskammer die Anzeige. Letzteres ist dringend nothwendig, wenn keine Zersplitterungen eintreten und eine richtige Vertheilung möglich seyn soll.

Wir haben an den guten Willen und den gesunden Sinn der Arbeitsuchenden appellirt; sie sollen sich bewußt seyn, daß es nicht in die Macht der Arbeitskammer oder der jetzigen Verwaltung der Stadt gegeben ist, für sich allein und in den nächsten Wochen die große Frage der Zeit zu lösen, hundertjährige Mißstände in den Gewerben zu beseitigen und Jedem, der arbeiten kann und will, für immer einen ausreichenden Lohn zu garantiren. Das zu erstreben ist die Sache der Deputirten, welche in Kurzem gewählt werden. Die Arbeitskammer kann nichts Anderes thun, als die Mittel auffinden und anwenden, um bis zur Wiederkehr eines geordneten Zustandes und Herstellung des Verkehrs alle Mitbürger, die arbeiten wollen und keine Arbeit haben, durch Schaffung von Arbeit vor größerem Unglück zu bewahren.

Die Arbeitskammer wird ihre Pflicht thun, thue Jeder die seinige.

Trier, den 18. April 1848.

Der Bürger-Ausschuß:
Beer, Rautenstrauch, Reynier, Zell.

Posen, vom 17. April. Zur Widerlegung der in der „Gazeta polska" aufgestellten Behauptungen, als würden Excesse der Soldaten, auch wenn sie zur Kenntniß der Vorgesetzten kommen, geduldet, bringt das General-Kommando nachstehenden Corps-Befehl des kommandirenden Generals von Columb zur öffentlichen Kenntniß:

„Es haben gestern beim Durchmarsch durch Schroda Mannschaften eines Landwehr-Regiments, welche bei der Bagage waren, grobe Excesse begangen, indem sie bei einem Geistlichen geraubt und Fenster eingeschlagen haben. Auch sind mir noch andere ähnliche Vergehen angezeigt worden. Ueber das Geschehene ist die Untersuchung eingeleitet, und es wird nach der ganzen Strenge der Gesetze verfahren werden. Da aber dergleichen Excesse, wenn sie sich wiederholen, einen Mangel an Disciplin bekunden und dem ganzen Corps zur Schande gereichen, so fordere ich sämmtliche Herren Commandeure, Offiziere und Unteroffiziere auf, die Ordnung auf das strengste zu überwachen, und werde ich gegen Alle, die sich darin saumselig zeigen, mit rücksichtsloser Strenge verfahren. Den Mannschaften aber ist zu sagen, wie ich das Vertrauen zu ihrer Ehrliebe habe, daß sie unter sich darauf halten werden, daß einzelne räudige Schafe ihnen keine Schande bereiten.

Schroda, den 15. April 1848.

Der kommandirende General
(gez.) von Colomb."

Ferner enthält ein Extra-Blatt der „Pos. Z." vom heutigen Tage folgende Bekanntmachung des Generals von Willisen:

„Ich freue mich, zur Kenntniß des Publikums bringen zu können, wie Se. Maj. der König sich unterm 14. d. M. mit der Ansicht des Staats-Ministeriums dahin völlig einverstanden erklärt haben, daß die der polnischen Bevölkerung der Provinz verheißene nationale Reorganisation auf diejenigen Landestheile des Großherzogthums, in welchen die deutsche Nationalität vorherrschend ist, nicht ausgedehnt werden darf. Es sey vielmehr der Wille Sr. Majestät, daß der von diesen Landestheilen beantragte Anschluß an den deutschen Bund ohne Verzug bei der hohen deutschen Bundes-Versammlung vermittelt werde. Es werden sich so die Verhältnisse beider Nationalitäten reiner scheiden und jede in ihrem Sinne entschiedener die Vortheile der versprochenen Reorganisation genießen. Die Linie, welche künftig diese Trennung bezeichnen soll, kann natürlich erst dann ganz genau festgesetzt werden, wenn beide Bevölkerungen durch ihre gesetzmäßigen Organe gehört worden sind. Alle diejenigen Kreise aber, welche schon jetzt den Anschluß an den deutschen Bund beantragt haben, werden hiernach auch nicht einmal von einer vorläufigen Reorganisations-Maßregel betroffen werden.

Ich gestatte mir nur noch, mich auf meine Erklärung vom 15. d. M. zu beziehen, um darauf aufmerksam zu machen, daß, welcher Weg der Lösung der schwierigen Aufgabe auch gewählt werde, es nicht zu umgehen seyn würde, einzelne Wünsche unberücksichtigt zu lassen. Wenn indessen die Bevölkerung selbst über das, was geschehen soll, auf gesetzlichem Wege entscheidet, so müssen sich die Einzelnen auch nachher dieser großen Entscheidung willig fügen. Die Regierung hat keinen anderen Wunsch, als die Bevölkerung selbst; was diese durch ihre gesetzmäßigen Organe ausspricht, wird sie Sr. Majestät vorlegen, sonst nichts. Ich darf nun hoffen, daß auch von dieser Seite her zugleich mit der Rückkehr des äußeren Friedens sich die Aufregung im Lande legen wird. Jeder möge sich sagen, daß er nun getrost den Dingen, welche da kommen sollen, entgegensehen kann, und daß er nun durch nichts so sehr zu einer baldigen und glücklichen Lösung beizutragen im Stande ist, als wenn er sich, so weit sein Einfluß reicht, bemüht, Ruhe und Ordnung um sich her zu verbreiten. — Möge es so geschehen. Posen, den 16. April 1848. von Willisen, General-Major und Königl. Kommissarius."

Dieselbe Zeitung bringt in einer zweiten Beilage eine die nationale Reorganisation des Großherzogthums Posen betreffende Denkschrift des deutschen National-Comites zu Posen, in welcher folgende Grundlagen für die nationale Reorganisation der Provinz in Vorschlag gebracht werden:

1) Seitens der Staatsregierung ist eine Abgränzungslinie für den unter deutscher Verwaltung zu belassenden nördlichen und westlichen Theil der Provinz festzustellen, wobei sowohl das Uebergewicht der deutschen Nationalität in diesem Landestheile, als die dem Gesammtinteresse Preußens und Deutschlands entsprechenden militärischen und politischen Rücksichten zu beachten sind.

Innerhalb der gedachten Linie muß jedenfalls die Stadt Posen fallen, und zwar sowohl aus wichtigen militärischen Gründen, als wegen des entschiedenen Uebergewichts, welches die deutsche Bevölkerung hier behauptet. Dies Uebergewicht beruht sowohl in der Kopfzahl — es leben hier 18,000 Polen mit 24,000 Deutschen — als wie darin, daß die polnische Bevölkerung der Stadt Posen vorherrschend den niederen, ungebildeten und unbemittelten Klassen, umgekehrt aber die deutsche Bevölkerung vorherrschend den wohlhabenden und gebildeten Mittelklassen angehört. Die polnische Bevölkerung der Stadt Posen trägt gewiß zu den öffentlichen Staats- und Kommunal-Lasten kaum die Hälfte von dem bei, was die deutsche leistet, während nichtsdestoweniger die Mittel der Kommunal-Armenpflege vorzugsweise polnischen Armen zu gute kommen.

2) Einrichtung einer polnischen Verwaltung und einer national-polnischen Militär-Organisation in dem abzugränzenden östlichen, vorherrschend polnischen Theile der Provinz, selbstredend unter genügenden Garantien für die deutsche Nationalität, so wie für die freie Religionsübung der Evangelischen und Juden.

In der gedachten Landesstrecke, deren Hauptstadt die altpolnische Königsstadt und erzbischöfliche Residenz Gnesen seyn könnte, möge die polnische Nationalität unter deutschem Schutz, so lange sie dessen noch bedarf, sich frei und ungehindert entwickeln. Auf dem übrigen Theile der Provinz aber, der durch nicht rückgängig zu machende geschichtliche Ereignisse der Herrschaft der deutschen Nationalität anheimgefallen, muß Polen für immer verzichten und dies offen und bestimmt ausgesprochen werden.

3) Die preußische Staats-Regierung übernimmt die Vermittelung, um die Uebersiedelung polnischer Gutsbesitzer aus dem unter deutscher Verwaltung bleibenden Theile der Provinz in den polnischen und umgekehrt die Uebersiedelung deutscher Eingesessenen aus dem polnischen Theile in den deutschen auf alle Weise zu erleichtern und zu befördern. Zu diesem Ende würden namentlich die Staatsgüter in dem polnischen Distrikt gegen Privatgüter innerhalb des deutschen Distrikts auszutauschen seyn.

4) Die durch Urwahlen gewählten Volksrepräsentanten (Wahlmänner) entscheiden durch Abstimmung darüber, ob der unter deutscher Verwaltung bleibende Theil der Provinz dem deutschen Bunde beitreten soll oder nicht. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die überwiegende Mehrheit der Wahlmänner, sobald vorerst der polnische Theil der Provinz abgegränzt ist, sich für den Anschluß an den deutschen Bund aussprechen wird.

◎◎ Frankfurt, vom 18. April. Unsere Volksmänner haben nun endlich jene deutsche Geschämigkeit überwältigt, welche die Selbstempfehlung zu Ehrenämtern nicht gestattet. Für die Wahl eines Frankfurter Abgeordneten zur konstituirenden Nationalversammlung haben sich die HH. Dr. Jucho und Dr. Binding I. mittelst Programme empfohlen, die unsern Lokalblättern beiliegen. Außerdem ist auch der rühmlichst bekannte Literat Fr. Funk als Mitbewerber durch Veröffentlichung seines politischen Glaubensbekenntnisses aufgetreten, welches durch Form und Inhalt ganz dem etwas bizarren aber höchst ehrenwerthen Charakter des Mannes entspricht. Endlich bewirbt sich auch Dr. Weil, Lehrer am israelitischen Philanthropin, um den befragten Ehrenposten, und zwar, allen Präoccupationen zum Trotze, nicht ohne Hoffnung des Erfolgs. Denn weil die israelitische Gemeinde in einer Art von politischer ecclesia pressa lebt, halten ihre Mitglieder desto enger zusammen, weshalb es wohl möglich, daß Hrn. Weil die relative Stimmenmehrheit zufällt, wennschon diese Gemeinde kaum den 11. oder 12. Theil der stimmberechtigten Einwohnerschaft Frankfurts bildet. Erhellet nun aus jenen Gesinnungs-Manifestationen, daß die republikanischen Ideen, vielleicht weil sie vorerst noch unpraktisch sind, hier nur wenig Anklang finden, so erging es ihnen eben so in einer zahlreichen Volksversammlung, welche am letzten Sonntag zu Königstein abgehalten wurde und der zumeist schlichte Landleute aus dem Nassauischen beiwohnten. Jene Ideen kamen kaum zur Sprache; mit desto größerer Entschiedenheit erklärte sich aber die Versammlung gegen das Zweikammer-System und gegen alle politischen, wie materiellen Bevorzugungen gewisser Klassen der Staatsgesellschaft. — Zu Bornheim, einer Frankfurter Ortschaft, kam die vielderegte Idee in einem großen Wirthschafts-Lokal zwar zur Sprache; das Endresultat der Debatte wurde jedoch zum großen Nachtheil ihrer Anhänger mittelst Stock- und Faustschläge herbeigeführt.

Ueber unsern Geld- und Papiermarkt schweben noch immer sehr trübe Wolken. Ein gestern vielfach beglaubigtes Gerücht, Rothschild habe die Ausbezahlung der fälligen östreichischen Zinscoupons übernommen, hat sich als vollkommen grundlos erwiesen; ein anderes Gerücht aber, wonach das Bankhaus W. F. Jäger seine Zahlungen demnächst wieder aufnehmen würde, erharret noch der thatsächlichen Bestätigung.

Eine Kommission der Handelskammer ist dermalen mit einer Deputation unserer hohen Finanz in Berathung begriffen: ob es füglich sey für Wechselzahlungen oder Erfüllung anderer ähnlichen Verbindlichkeiten einen zeitweiligen Aufschub einzuräumen. Man nimmt jedoch von vorn herein an, es werde die Frage verneinend entschieden werden.

Ueber die Messe hört man gar nichts, was eben nicht befremden darf, da es an dem benöthigten Credit und Geld gebricht, die Geschäfte zu befruchten.

Leipzig, vom 16. April. In einer gestern Abend stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung wurde über den Plan einer Vorschußbank berathen. Das Comite hatte die Garantie der Stadt Leipzig für die zu dem gedachten Zwecke bis zur Höhe von 500,000 Thlr. auszugebenden Scheine, welche nach einem gewissen Zeitraume zahlbar mit 6 pCt. jährlich verzinst werden sollten, beantragt. Nach kurzer Berathung sprach das Collegium die Garantie für das projektirte Leihgeschäft bis zu der gedachten Höhe aus. Die nähere Feststellung der Modalitäten, unter welchen es ins Leben gesetzt werden soll, wird demnächst erfolgen. (L. A.)

Rendsburg, vom 17. April. Es ist in dieser letztern Zeit mehrfach von einem mit den Dänen abgeschlossenen Waffenstillstand die Rede gewesen. Ein solcher ist nicht abgeschlossen und die Nachricht darüber ist dahin zu berichtigen, daß, da preußischer Seits das Verlangen an die Dänen gestellt ward, das Herzogthum Schleswig unverzüglich zu räumen, zugleich hinzugefügt wurde, daß, um die nöthige Zeit zur Räumung zu lassen, kein Angriff der Preußen vor dem 18. erfolgen werde. In den nächsten Tagen haben wir nun eine Schlacht zu erwarten.

Eine Vermehrung der preußischen Militärmacht in den Herzogthümern ist in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse des Bundes erfolgt.

Man vernimmt, daß unter den dänischen Soldaten eine große Mißstimmung herrscht, daß sie sich darüber beklagen, von ihren Anführern getäuscht zu seyn, da ihnen gesagt worden, daß sie gegen einen Räuberhauptmann und seine Bande, nicht gegen regulaires Militär zu kämpfen hätten. Unter dem dänischen Militär in Flensburg sollen Unruhen ausgebrochen und zwei Bataillone aus Schleswig dahin abgesandt seyn, die Ordnung wieder herzustellen. Um die Erhaltung der Ruhe in Kopenhagen soll es sehr mißlich stehen, und allgemein ist man der Meinung, daß das jetzige Ministerium des Dänen-Königs sich nicht lange mehr wird halten können. Orla Lehmann hat, um sich „möglich" zu erhalten, sehr weise die Entwickelung der Sache im Auslande abzuwarten beschlossen.

— Nachmittags. Der Herzog von Braunschweig ist erst heute Mittag auf der Eisenbahn hier eingetroffen. Heute Abend ist die Stadt erleuchtet und dem Herzog wird ein Hoch gebracht. Der Fürst Radziwil und der General Möllendorf werden als Befehlshaber der preuß. Truppen erwartet; auch heißt es, daß der Prinz von Preußen aus London eintreffen werde, um sämmtliche Truppen zu commandiren. Indeß ist diese Nachricht, der die preuß. Truppen vielfach Glauben schenken, noch nicht als verbürgt anzusehen. Im Falle sie begründet, würde selbstverständlich auch unser Ober-Befehlshaber der schleswig-holsteinischen Truppen dem Prinzen von Preußen untergeordnet seyn. Die preuß. Kavallerie trifft morgen und übermorgen hier ein. In den Landdistrikten um Schleswig herum herrscht fortwährend der beste Geist. Wo die Dänen einrücken, wird ihnen nur das von den Landleuten geleistet, was sie sich durch Gewalt erzwingen. Die Deutschen, welche sich noch unter den feindlichen Truppen befinden, gehen zahlreich zu uns über. An einem Wahlgesetz für die Urwahlen auch in Bezug auf das deutsche Parlament wird gearbeitet. Wir dürfen erwarten, daß der Eintritt Schleswigs in den deutschen Bund schon jetzt als geschehen angesehen und demnach die Urwahlen auch in diesem Herzogthume vollzogen werden werden.

Oestreich.

Wien, vom 13. April. Die Engländer, und namentlich Lord Palmerston, haben keinen geringen Antheil an den Aufständen und Schlächtereien, die jetzt in Italien stattfinden. Es scheint indeß, daß auch von dieser Seite die Lage der Dinge nicht mehr mit ruhiger Schadenfreude betrachtet werde, und man die Gefahr einzusehen beginnt, die der ganzen Welt droht, und die England selbst nicht unberührt lassen dürfte. Die Engländer haben daher zu Neapel mächtig die Stimme erhoben, als man von dort einen Theil der Armee zur Hülfe für die Lombardei in Bewegung setzte, und haben gegen diesen Angriff Protest eingelegt. Es scheint auch wohl englischer Einfluß thätig gewesen zu seyn bei einer von Piemont abgegebenen Erklärung, es werde sich zur See jeder Feindseligkeit enthalten und den Krieg nur zu Land führen. Beide Nachrichten gibt der amtliche Theil der Wiener Zeitung.

Feldmarschall Radetzky steht fortwährend am Mincio, und die italienische Uebermacht hat noch immer keinen ernstlichen Angriff auf die nach Mailänder Berichten schon zehnmal auf-

geriebenen Ueberreste der östreichischen Armee gewagt. Wir wiederholen: der Hunger kann den Feldmarschall nöthigen sich zurückzuziehen, aber die Spada d'Italia dürfte bei dieser Bemühung wenig Lorbeeren ernten. (A. Z.)

Frankreich.

Paris vom 17. April. Offizielle Akte.

1) Die Regierung erklärt den nächsten Donnerstag, den Tag der Versöhnung des Volkes mit der Nationalgarde, für einen Feiertag. Die Gerichte, die Börse, die Bank sind geschlossen, und alle am 20. fälligen Wechsel dürfen erst am 21. präsentirt werden.

2) Die Regierung erklärt die Inamovibilität des Gerichtspersonals für antirepublikanisch und hebt sie somit auf. Der Justizminister kann von heute ab jeden Richter absetzen; bereits heute macht er von diesem Rechte Gebrauch, indem er 4 Appellations-Präsidenten absetzt; auch der Präsident des obersten Rechnungshofes, Herr Barthe, ist abgesetzt.

3) Da der Generalstab der Armee viel zu bedeutend ist, werden gegen 100 Generale in Ruhestand versetzt. Unter ihnen die Bürger Flahaut, Castellane, Sebastiani, Gourgaud, Jacqueminot, Fabvier, Dampierre, Molieu de St. Yon, Chabannes, Polignac, Thiery u. s. w.; desgleichen 30 verschiedene Obersten und Oberstlieutenants.

4) Der General-Staatsprokurator Portalis hat den Auftrag erhalten, eine Untersuchung zu veranstalten, um das Complott zu entdecken, das vorgestern gegen die Regierung zum Ausbruche kommen sollte.

— Eine Deputation von Arbeitern überreichte gestern der prov. Regierung eine Adresse, worin sie erklären, daß falsche Gerüchte am Sonntag Anlaß zu revolutionären Bewegungen in Paris gegeben hätten. Marrast antwortete ihnen, daß gegen sie die Nationalgarde auch nicht unter die Waffen gerufen werden sollte; neben ihnen aber habe der Plan zu einer Verschwörung existirt, zum Umsturz der prov. Regierung; dazu habe man sie benutzen wollen und deswegen habe der Minister des Innern die bewaffnete Macht aufgerufen.

— Die Anzahl der Militär-Divisionen, in die Frankreich getheilt ist, wird bedeutend verringert und fast auf die Hälfte herabgesetzt. Ein Brigade-General wird zwei Departements unter sich haben. Durch diese Verminderung des Generalstabs wird eine jährliche Ersparniß von anderthalb Millionen im Kriegs-Budget erzielt.

— Heute Morgens waren an den meisten Straßenecken Placate mit folgenden Worten zu lesen: „Arbeiter! tragt gute Sorge für Waffen und Munition, denn die Revolution ist noch nicht zu Ende!"

* Paris, vom 18. April. Alles scheint darauf hinzudeuten, daß wir heute eine Fortsetzung der Demonstration von vorgestern sehen werden. Eine neue Journee bereitet sich vor und dieses Mal dürfte sie blutig werden. Seit 7 Uhr Morgens wird in ganz Paris der Generalmarsch geschlagen, die Nationalgarde tritt überall unter die Waffen und die Stadt ist in der größten Aufregung. Die beunruhigendsten Gerüchte, deren Grund oder Ungrund sich in diesem Augenblicke noch nicht verifiziren läßt, circuliren. Man sagt: Cabet, der Chef der Communisten sey gestern verhaftet worden, seine und Blanquis Anhänger hatten sich heute Nacht versammelt, alle Arbeiter zusammenberufen und befohlen, die Waffen zu ergreifen. Heute Mittag wollten sie gegen die Polizei-Präfektur marschiren, Cabet befreien und dann nach dem Stadthause ziehen. Zugleich haben sie erklärt, daß sie sich dem Einrücken der Truppen-Detaschements, die zu dem Feste des 20. nach Paris kommen sollen, mit bewaffneter Hand widersetzen werden. Indem wir dieses schreiben (9 Uhr Morgens) ist im Innern der Stadt noch Alles ruhig, — aber man versichert uns, daß die Verschwornen schon heute vor Tagesanbruch mehrere Posten in den Vorstädten entwaffnet haben und sich auf dem Marsfelde concentriren. Die Sprache der dieser Partei nahe stehenden Journale ist sehr heftig und die „Reforme" droht heute der Nationalgarde, sie werde ihren vorgestrigen reactionairen Triumph bald theuer bezahlen. — Dagegegen spricht sich das „Journal des Debats", das seit drei Tagen ein Organ der Regierung geworden ist, mit großer Zuversicht und Festigkeit aus. — Proudhons Journal: Le Représentant du peuple sagt: der Communismus sey ein Fantom, das man vorschiebe, um der Bevölkerung Angst zu machen und sie so auf die wahren Republikaner zu hetzen. Dasselbe Blatt besteht darauf, Ledru-Rollin und Louis Blanc sollten ihre Demission geben und die socialen „Satisfaits" auf dem Stadthause allein wirthschaften lassen.

— Marschall Bugeaud hat einen Brief an den Kriegsminister geschrieben, worin er erklärt, seit 14 Jahren verfolge man ihn mit der gehässigen Anschuldigung der Schlächtereien der rue Transnonain. Er habe bis jetzt geschwiegen, jetzt aber verlange er eine strenge gerichtliche Untersuchung, die klar beweisen werde, daß weder er, noch die unter seinem Commando gestandenen Truppen an den Vorfällen in der rue Transnonain Theil genommen haben.

Die „Patrie" sagt, daß vier Verhaftsbefehle gegen die öffentliche Ruhe bedrohende Personen gestern Abend erlassen worden seyen.

Mehrere communistische Redner, die die Menge haranguirten, wurden, wie die Presse meldet, gestern vom Volke verhaftet und auf die nächsten Wachtposten gebracht.

10 Uhr Vormittags. Im Innern von Paris ist noch immer alles ruhig, — die Nationalgarde steht äußerst zahlreich auf ihren Sammelplätzen; die Ultra-Revolutionaire und Communisten concentriren sich auf dem Marsfelde. Die provisorische Regierung ist in Permanenz, — man weiß noch nicht, in wie weit die Verständigung von vorgestern zwischen der gemäßigten und revolutionairen Partei der Regierung aufrichtig war. Ledru-Rollin scheint nur geringe Concessionen gemacht zu haben, während, wie schon der heutige Moniteur und die neuesten Decrete zeigen, Lamartine, der jetzt schlechtweg im Moniteur: der Citoyen Lamartine titulirt wird, ungeheure Zugestandnisse machte. Jedenfalls aber kann dieser Zwiespalt nicht lange fortbestehen und es ist unumgänglich nothwendig, daß eine Entscheidung erfolgt. Leider ist auf beiden Seiten Gefahr der Extreme da, — der Sieg Lamartines kann zur Reaction, der Sieg Ledru-Rollins zum Terrorismus führen. — Vielleicht erfolgt diese Entscheidung heute schon.

— 4 Uhr Nachmittags. Der Allarm von heute Früh hat keine weitern Folgen gehabt, — entweder war es nur ein blinder Lärm, oder die Ultra-Partei hat auf die Ausführung ihres Planes verzichtet. Die Nationalgarde ist zu Mittag wieder eingerückt, und Paris hat ganz sein früheres, friedliches Aussehen. Demungeachtet sind für diese Nacht große Vorsichtsmaßregeln angeordnet, ein Bataillon der Nationalgarde per Legion bleibt auf jeder von den zwölf Mairien unter den Waffen, und starke Patrouillen werden die ganze Nacht hindurch alle Theile von Paris durchziehen. Die provisorische Regierung ist seit gestern Abend in Permanenz auf dem Stadthause.

Der Bürger Cabet erklärt heute in einem an die provisorische Regierung gerichteten Schreiben, daß er an der Manifestation des 16. auch nicht den geringsten Antheil genommen, und sich von 1 bis 4 Uhr in einer Versammlung der Aktionäre des Populaire befunden habe, um seine große ikarische Auswanderung nach Amerika eifrigst zu betreiben. Sein Clubb war gestern Abend geschlossen, da der Eigenthümer des Saales, Montesquieu, sich geweigert hatte, den Saal ferner an Cabet zu vermiethen.

Spanien.

Die Madrider Journale vom 13. melden einen großen durch die Herzogin von Montpensier abgehaltenen Handkuß, bei dem das ganze diplomatische Corps mit Ausnahme Sir Bulwers erschienen war. Der König war am 12. ausgeritten und von seinem Pferde abgeworfen worden, ohne sich jedoch bedeutend zu beschädigen. Die Reise des Hofes nach Aranjuez ist auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Portugal.

Die Nachrichten aus Lissabon gehen bis zum 9., das Ministerium machte der öffentlichen Meinung große Conzessionen und hatte die allgemeine directe Wahl in die Cortes beantragt. Die Königin hat die Sitzung der Cortes bis 2. Juni verlängert.

Italien.

Mailand, vom 11. April. Heute fanden große Festlichkeiten wegen des Sieges der piemontesischen Armee statt. Die ganze Stadt war erleuchtet, dem sardinischen Abgeordneten brachte man eine Serenade. Das Gerücht ging, Peschiera habe capitulirt. Auch heißt es, Verona sey von der piemontesischen Armee genommen worden.

— Mailänder Kriegsbulletin vom 12. April. „Die piemontesische Division unter General Bes steht vor Peschiera, und der Kampf ist eröffnet. Gestern (10.) begab sich ein Theil der Compagnie Manara von Salò über den Gardasee an das jenseitige Ufer. Ueber Bardolino und Lazise kommend griff er die Pulvermühle von Peschiera an, welche etwa eine Viertelstunde von der Stadt entfernt liegt. Nach kurzem Kampf mit der Besatzung derselben nahm er die Pulvermühle, welche 500 Pulverfässer und 72 Menschen enthielt. Sechszehn der letzteren, Kroaten, wurden als Gefangene nach Salò geführt, die andern, Italiener vom Regiment Geppert, kämpfen jetzt für die gemeinsame Sache in der Vorhut der Schaar Manara." In Venedig ist am 10. die Conjulta zum erstenmal zusammengetreten. Nach dem venezianischen Bericht haben die Piemonteser, die zuerst „2000", dann „weniger als 2000" Gefangene bei Goito gemacht haben wollten, deren ungefähr „100" genommen.

Moldau und Wallachei.

Bukarest, vom 12. April. Wir sind vor der Hand dem Ausbruche einer gewaltsamen Umwälzung entgangen, doch ist die Gefahr nicht beseitigt, und das Feuer glimmt unter der Asche fort. Eine Verschwörung der Bojaren erster Klasse (von der zweiten und dritten Klasse war nur ein Theil betheiligt) ist entdeckt worden, deren Zahl nicht über 180 stieg. Ihr hauptsächlicher Zweck war, die Absetzung der gegenwärtigen so sehr verhaßten Minister, ferner die Regulirung des Gerichtswesens und der damit verbundenen Erpressungen und Bestechungen zu fordern. Diese Punkte verlangten die Bojaren erster Klasse vom russischen Kabinet; die andern Klassen aber auch die Aufhebung des Tributs an die Pforte, die Errichtung einer Nationalgarde, die Aufhebung der Censur und die Redefreiheit, Aufhebung des Adels und eine gleichmäßige Steuereinrichtung, endlich die Abschaffung der so drückenden Robotben nach dem dermaligen System in Ungarn. Die unterste Klasse der Bojaren glaubte das mit Hülfe des Stadtpöbels und der Landbauern mittelst allgemeiner Plünderung und Brandlegung zu bewerkstelligen, dem jedoch der höhere Adel wirksam entgegen trat. Durch ihn und den Fürsten sind diese demokratischen Bewegungen nach Petersburg berichtet worden, und es ist vom dortigen Kabinet, wie man versichert, bereits eine Antwort des Inhalts eingelaufen, daß der Kaiser in keinem Falle eine solche Revolution billigen würde, und die hiesige Regierung zur Anwendung aller möglichen Mittel, um die Gemüther zu beschwichtigen und die Ruhe zu erhalten, verpflichtet. Die Furcht vor Plünderung und Brand steigt von Tag zu Tag. Der Fürst selbst hat alle seine Kostbarkeiten auf sein im Gebirge nahe bei Kronstadt gelegenes Gut Komarnik bringen lassen. Noch weitere vier Stück Sechspfünder sind aus den Kasernen in seinen Hof gebracht worden, und alle Wachen sind bei Tag und Nacht verdoppelt. Man verbreitet das besorgliche Gerücht, daß der gewesene Hospodar Konstantin Ghika aus Petersburg kommen und das Kommando der Truppen übernehmen werde. Mehre Bojaren zweiter Klasse sollen exilirt werden. Die großen Bewegungen in Europa haben uns indeß das Gute gebracht, daß der Fürst von der Erhebung neuer drückender Steuern, die den Ständen zur Genehmigung unterbreitet waren, zurückgegangen ist. Alles versieht sich mit Pulver und Blei, und Viele bringen ihre Habseligkeiten zur Sicherung in fremde Consulatsgebäude. Gebe der Himmel, daß wir mit der bloßen Angst davonkommen!

---

* Düsseldorf, vom 19. April. Gestern erlebten wir hier den dritten Anstoß zu öffentlichen Unruhen, welche aber auch diesesmal glücklicherweise wieder im Keime durch den gesunden Sinn unserer Bürger erstickt wurden. Ein Missionsprediger nämlich — wir glauben ein Fremder — zeigte durch die Blätter einen Gottesdienst in seinem Hause auf gestern Abend an, wozu er alle christlichen Confessionen, so wie Jeden, der Lust hätte dieser Art Gottesverehrung beizuwohnen, einlud. Was vorauszusehen war, geschah: einige Volksgruppen begaben sich vor die Wohnung des „neuen Ronge" — wie man ihn nannte — und begannen die Fenster des Hauses einzuwerfen. Das Einschreiten der Bürgerwache in bedeutender Anzahl, welche die betr. Straße absperrte, machte dem weitern Unfuge ohne Anwendung der Waffen ein Ende. — Sind solche Vorfälle nun an und für sich auch sehr bedauerlich, indem sie nur die sich dabei Betheiligenden unglücklich machen, so können wir doch nicht umhin die Frage aufzustellen: Sind derartige Anstöße zu öffentlichen Unruhen nicht durch die Behörden im voraus zu verhüten? Man wird uns das Recht der freien Religionsübung für Jeden entgegen halten; wir aber möchten auf die möglichen furchtbaren Folgen aufmerksam machen, welche durch die Ausübung eines Rechtes hervorgerufen werden, welches noch nicht so recht an Ort und Zeit ist, dem die Umstände entgegen sind. Wir glauben, im gestrigen Falle hätte ein freundliches Ersuchen von Seiten der Behörden an den betreffenden Missionär die Unterlassung seines Vorhabens, so wie eine öffentliche Bekanntmachung der freiwilligen Unterlassung die Beruhigung des Volkes, als das für jetzt Wünschenswertheste, nach sich gezogen. Wir sprechen dies hier offen aus, weil die beiden andern frühern Vorgänge vermuthlich ebenso unterblieben wären, wenn die Behörden ihre Stimme zur rechten Zeit erhoben hätten.

Der neuliche Scandal nämlich bei dem Versuche zur Errichtung einer Roßschlächterei am hiesigen Platze, und der Angriff auf die Bude der Kunstreitergesellschaft Wollschläger wären vermieden worden, wenn dem Roßschlächter — einem fremden Israeliten — die Conzession zur Ausübung seines hier durchaus nicht angebrachten Geschäftes abgeschlagen worden wäre, indem die Nothwendigkeit eines solchen von Düsseldorf verabscheuten Etablissements durchaus nicht vorliegt. Hätte man die Fragen in Erwägung gezogen: warum werden hier Schlachthallen-Inspectoren besoldet? Wer beweist uns die Gesundheit des geschlachteten Thieres? Wer bürgt uns dafür, daß das Thier, welches irgend ein Thierarzt als gesund im Leben bescheinigt, wirklich im Innern gesund war? und ob das gesehene Thier nicht verwechselt worden? — Hätte die Behörde diese nothwendigen Fragen in Erwägung gezogen, so wären Hindernisse entstanden, welche hierorts bei den bestehenden Verhältnissen durchaus nicht zu umgehen gewesen, vielmehr ein Etablissement verhindert hätten, gegen welches sich der gesammte Volkswillen so laut ausspricht. Man macht doch häufig bei andern neuzugründenden Geschäften so viele Schwierigkeiten, warum geschah dies nicht bei einem solchen, welches nicht nur den Abscheu der Bevölkerung gegen sich hat, sondern offenbar nur zum größten Nachtheile eines bedeutenden hiesigen Gewerbes eingeführt werden kann? — Also ein einzelner Fremdling zum Schaden vieler hiesiger Bürger! —

Was den Angriff auf die Bude der Kunstreitergesellschaft betrifft, so wußte die Behörde und der Direktor jener Gesellschaft mehrere Tage voraus, daß das Volk seine Mitbürger den Militärmusikern vorgezogen haben wollte, indem dahinzielende Petitionen, oder Eingaben vielmehr, mit vielen Unterschriften versehen, vorlagen. Will man entgegnen, der betreffende Direktor müsse auf geringere Kosten sehen, so antworten wir: „die Stadtbehörde soll immer ihre Bürger zu schützen suchen, namentlich in einer so bewegten als verdienstlosen Zeit, wie die jetzige." Zudem, durch wen muß die Kunstreitergesellschaft ihre hiesige Existenz zumeist fristen? durch den Erlös von den Bürgern! Warum also ein ohnehin versorgtes Militär den mitunter höchst bedürftigen, alle Abgaben zahlenden Bürgern vorziehen? — Diese Fragen erscheinen um so gewichtiger, als man in der jetzigen Zeit, um Unruhen zu verhüten, Alles aufbieten muß.

Diesen Zeilen mag sich ein Gerücht von abermals zu befürchtenden Unruhen anschließen, welche jetzt noch durch die Behörden im Voraus verhütet werden können. Es soll nämlich an der Pempelforter Schule ein neuer Lehrer, wie wir hören gegen den Willen der Gemeinde, eingeführt werden. Wir fragen, warum dies? Sind die Protectionen noch so mächtig, oder will ein Einzelner seinen Willen einer Gemeinde gegenüber auf die Gefahr möglicher Unruhen hin, noch immer durchsetzen? Die Folgen mag der verantworten, welcher den ersten Anlaß gibt. Wir setzen die Behörden hierdurch bürgerpflichtgemäß in Kenntniß von einem Gerüchte, welches Unruhen vorhersagt, und welche dadurch verhütet werden können, daß man es der Gemeinde überläßt, sich selbst ihren Lehrer zu wählen. W. R. Stehling.

---

* Die Wahl-Frage für Frankfurt

richtet sich wohl auch nach den Gegenständen, womit das künftige Parlament sich zunächst beschäftigen dürfte. Diese werden ungefähr folgende seyn:

1) Die künftige Verfassung Deutschlands als Gesammt-Staat.

2) Das Staats-Oberhaupt, dessen Attributionen in Beziehung auf die Einzel-Staaten sowohl als auf die auswärtigen Völker und Staaten.

3) Die Prüfung der Verfassungen der Einzel-Staaten, ob sie, gegenüber dem Grundprinzipe der Volks-Souveränität zureichend, zu modifiziren oder gänzlich neu zu gestalten sind.

4) Die Vertretung Deutschlands gegen andere Völker und Staaten — Gesandtschaften, Fragen über Krieg und Frieden,

Militärmacht, oberstes Kommando, Eintheilung der Armeekorps, Kontingente.

5) Handel und Gewerbe Deutschlands.

a. Im Innern freier Verkehr, Wegschaffung der bisherigen Hindernisse für den Wasser- und Landtransport, dessen Erleichterung durch Eisenbahnen, Hauptrichtungen derselben ohne Rücksicht auf die Einzel-Staaten; neues System gleicher Münze, Gemäßes und Gewichtes; allgemeine neue Gewerbe-Ordnung; gleiche Besteuerung.

b. Nach Außen gemeinschaftliches Zoll- oder Freihandelssystem für das ganze deutsche Vaterland, Handelsrichtungen, Konsulate, Handelsverträge, gemeinschaftlicher Schutz, Errichtung einer Marine.

Ohne in ein näheres Detail einzugehen, dürfte es jedem Kundigen wohl klar seyn, daß es sich bei der Gestaltung der Zukunft unseres Vaterlandes um Fragen handelt, deren Lösung selbst dem theoretisch wie praktisch reifen Staatsmanne reichen Stoff zum Nachdenken gibt, und daß ein gesinnungstüchtiger schlichter Mann, wie neulich behauptet wurde, dazu wohl nicht ausreicht. Wer außer den abgesetzten Ministern und deren aristokratisch-pietistischem Anhange ist heut zu Tage nicht gesinnungstüchtig, wer ist nicht in den Strudel des Enthusiasmus für eine neue glückliche Gestaltung unseres herrlichen, einst so großen mächtigen Vaterlandes hineingerissen, wenn er das Herz auf dem rechten Flecke hat? Ebenso wenig wird aber auch eine geläufige Zunge allein ausreichen. Das Parlament hat große Arbeiten aus allen Zweigen des staatlichen Wissens zu liefern. Es wird sich dazu ohne Zweifel in Sectionen spalten, und für die Plenarsitzungen eine reife Beurtheilungsfähigkeit der in den Sectionen bearbeiteten Gegenstände verlangen müssen. Düsseldorf den 19. April 1848.

---

*Wir haben in den nächsten Tagen Männer zu Abgeordneten für Frankfurt a. M. und Berlin zu wählen. Da nun unser Staat ungefähr 17 Millionen Einwohner hat, unter welchen höchstens 2½ Millionen Geschäftslose, Reiche und Adelige sind, so ist also den übrigen 14½ Millionen, welche die Kaufleute, Handwerker, Bauern und Arbeiter umfassen, die Wahl ihrer Stellvertreter fast ganz allein überlassen. Daher ist es nicht allein rathsam, sondern die höchste Pflicht, vom diesem zugestandenen Rechte der allgemeinen Wahlen den vollkommensten Gebrauch zu machen, da wir es sonst uns selbst zuzuschreiben haben, wenn wir uns in unsern gerechten Hoffnungen getäuscht sehen. Lasset uns daher für Frankfurt, wo die Grundlage der künftigen Gesetzgebung und Verwaltung von ganz Deutschland gelegt werden soll, einen Mann wählen, von dem wir die vollste Ueberzeugung haben, daß er unsere Grundsätze in Bezug auf die uns zu gebende demokratische Verfassung theilt und von dem wir nicht nur nach seinem politischen Glaubensbekenntniß, sondern nach seiner bereits bewiesenen Gesinnungstüchtigkeit mit Zuversicht erwarten können, daß er sich das Streben für die Freiheit und das Wohl des Volkes zur höchsten Aufgabe gestellt hat. Für Berlin aber, wo die Sonderinteressen des preußischen Volkes vertreten werden sollen, lasset uns solche Männer wählen, welche mit gerechter Berücksichtigung das Interesse der Kaufleute, Handwerker, Bauern und Arbeiter zu wahren wissen, ohne irgend einen andern Stand zu benachtheiligen; also solche Männer, die das Vertrauen des Volkes besitzen, die eine gründliche Kenntniß der Uebelstände haben, welche bisher die 14½ Millionen so hart drückten. Unsere Vertreter können aber nicht wie bisher aus der eingefleischten und verknöcherten Adels- oder Geldaristokratie gewählt werden, sondern aus den wahrhaften Männern des Volkes, die ohne Unterschied des Standes nur Recht und Gerechtigkeit ihrem eignen Vortheile vorziehen und durch diese treffliche Eigenschaft die beste Zuversicht für Ordnung und Wohlfahrt gewähren. — Um diesen Zweck zu erreichen, hat eine Anzahl von Gewerbetreibenden und Arbeitern eine Versammlung auf Montag den 24. d. M., Abends 8 Uhr, beim Wirthe Mathias Schuhmacher, Citadellstraße, beschlossen, zu welcher Alle, denen die Wohlfahrt des Volkes am Herzen liegt, hiermit eingeladen werden.

Unterstützungs-Comite
für
Kaufleute und Fabrikanten des Kreises Düsseldorf.

Das Comite gibt mäßige Darlehen an Fabrikanten und Arbeitgeber des Kreises Düsseldorf, lediglich zur Beschäftigung ihrer Arbeiter, gegen Verpfändung von Waaren, sicheren Effecten und guten Wechseln. Die Anträge auf solche sind unter Bezeichnung des Unterpfandes mit Angabe des Werthes, und wenn das Unterpfand in Wechseln besteht, unter Beifügung der Ur- und Abschriften derselben an die Adresse des Regierungsrathes Herrn Quentin einzureichen.

Die Briefe können auch im Briefkasten am Büreau der Handelskammer (altes Ständehaus, 2 Treppen hoch) niedergelegt werden. Das Unterstützungs-Comite hält jeden Montag und Donnerstag, Mittags zwischen 12 und 1 Uhr, regelmäßige Sitzung im Sekretariate der Handels-Kammer.

Aufruf
an alle Kameraden der Landwehr und Linie in und außer dem Dienste so wie an alle Vaterlandsfreunde.

Gehorsam gegen die bestehenden Gesetze, Befolgung der Disziplin und Subordination ist die erste heiligste Pflicht des Militärs, wenn auch bei schwerer Pflichterfüllung! —

So starben jüngst in der Hauptstadt aus allen Gauen des Vaterlandes über Tausend unserer Bruder, Freunde und Waffengenossen. Unter diesen auch Söhne unserer einstigen Krieger des Freiheitkampfes der Jahre 1813, 14 und 15, — so das Morgenroth der Freiheit des Vaterlandes herbeigeführt — vielleicht auch Söhne noch jetziger Vaterlands-Vertheidiger. Waren aber nicht Alle, so da fielen, ächte Söhne des Vaterlandes? Wer wollte das leugnen? — Treue bewahrend dem Könige, Treue dem Vaterlande, sind sie nicht meineidig geworden ihrer Fahne, und verbluteten auf der Wahlstatt in der Fülle der Jugend und Manneskraft. Ehre darum auch diesen unsern Todten, sie fielen als Männer in der Erfüllung ihrer Pflicht. Sie hielten blank und rein die preußischen, die deutschen Waffen von Verrath und Eidbruch! und wer wollte das nicht, wer wünscht unsere Krieger meineidig?

Wir aber wollen darum auch das Angedenken dieser gefallenen Söhne des Vaterlandes ehren durch Unterstützung ihrer so vielfach hinterbliebenen Angehörigen, deren einziger Trost, Stütze und Hoffnung vielleicht mit ihnen zu Grabe getragen. Wir wollen unterstützen, trösten, lindern die Schmerzen und heilen die Wunden der noch darniederliegenden, noch dahin siechenden und zum Krüppel gewordenen Militäre, so alle wie wir Söhne eines großen gemeinschaftlichen Vaterlandes.

Wer von uns konnte nicht in den Fall kommen, in jenem Kampfe einen der Seinigen zu verlieren, wer nicht eben so in den Fall, der eisernen Pflicht genügen zu müssen? — Ist nicht das Linien-Militär die jetzige Schule und Bildungs-Anstalt der ächten Wehren des Volkes? Derjenigen Wehren, die einst ein großer Augenblick schuf, und welchen beiden ächt vaterländischen Instituten angehört zu haben oder noch anzugehören unserer Aller Freude und Stolz ist? —

Die Unterzeichneten, als Comite, in dem Herzen der Grafschaft Mark, und zwar im Bereiche des 2. Bat. 16. Landw.-Regts. — früher 1. Westphälisches Landw.-Regt. — sich bildend, fordern somit alle früheren und noch jetzigen Kameraden der Armee und alle Deutschgesinnten aller Orte und Lande auf, sich mit uns zu diesem edlen Zwecke zu verbinden, und bitten wir alle öffentlichen vaterländischen Blätter auch um Aufnahme dieses Aufrufs und gefällige Annahme der eingehenden Beiträge.

Das unterzeichnete Comite wird auch die kleinste Gabe dankend entgegennehmen und soll genaue Nachweise der Verwendung erfolgen.

Gott erhalte unsern theuren und geliebten König! Gott beschütze das theure Vaterland!

Kreis Hagen, in der Grafschaft Mark,
den 6. April 1848.

Das Comite
zur Unterstützung der Angehörigen der am 18.—19. März gefallenen, so wie der Verwundeten und noch schwer darniederliegenden Waffengenossen.

Vom Grafen Baudissin, dem Bruder des rühmlichst bekannten Führers in Schleswig-Holstein, persönlich dazu aufgefordert, richte ich an die Bewohner Düsseldorfs die Bitte, den dort kämpfenden Brüdern jedmögliche Unterstützung zukommen zu lassen. Nicht allein an Geld, auch an Waffen und namentlich an Charpie fehlt es daselbst. Ich werde auch die kleinste derartige Gabe mit Dank in Empfang nehmen und nach Holstein besorgen.

Düsseldorf, den 20. April 1848.

Ferdinand Hiller,
Grabenstraße 792.

Für die in Berlin verwundeten und die Hinterbliebenen der gefallenen Burger sind bei dem Unterzeichneten ferner baar eingegangen:

144) Bay 1 Thlr. 145) W. P. 1 Thlr. 146) L. B. 2 Thlr. 147) Ein Ungenannter 2 Thlr. 148) R. L. 1 Thlr. 149) W. K. 1 Thlr. 150) C. L. 5 Thlr. 151) P. 1 Thlr. 152) J. F. 1 Thlr. 153) M. 1 Thlr. 154) v. R. 3 Thlr.

zusammen 19 Thlr. — Sgr.
Hiezu die bereits angezeigten 581 Thlr. 23½ Sgr.

Summa 600 Thlr. 23½ Sgr.

Fernere Beiträge werden gerne entgegen genommen.

Düsseldorf, den 20. April 1848.

P. C. J. Spehr.

Anzeigen.

Bekanntmachung.

Die 3te Personen-Post nach Crefeld wird vom 21. d. M. ab nicht mehr um 12 Uhr Mittags,
sondern um 4 „ Nachmittags
von hier abgefertigt werden.

Düsseldorf den 20. April 1848.

Ober-Post-Amt,
Maurenbrecher.

Heu-Verkauf.

Am Mittwoch den 26. dieses Monats,
Nachmittags 3 Uhr,
werden bei dem Wirthe Herrn Gottfried Kruchem, im Schwanen zu Bilk, circa 60 bis 70,000 Pfund recht gutes Wiesenheu, lagernd theils bei Hrn. Kruchem, theils in der Neustadt im sogenannten Hofmannsschoppen, öffentlich verkauft werden.

Düsseldorf den 20. April 1848.

Hagdorn.

Auszug
aus dem Urtheile des Königl. Landgerichts zu Düsseldorf vom 11. April 1848,
zur Sache
der hierselbst ohne besonderes Gewerbe wohnenden Ehefrau des Buchdruckerei-Inhabers Carl Ludwig Frank, Susanna Wilhelmine geborne Schwartz, Klägerin, vertreten durch Advokat-Anwalt Justizrath Friderichs,
gegen
ihren genannten Ehemann hierselbst wohnend, Verklagten, vertreten durch Advokat-Anwalt Bitter und Advokaten Windscheid.

Erkennt das Königliche Landgericht in erster Instanz, spricht die Gütertrennung zwischen der Klägerin und dem Verklagten mit allen gesetzlichen Folgen vom Tage der Klage aus, legt die Kosten dem Verklagten zur Last und bestimmt den Stempel auf fünf Thaler.

Die Urschrift haben unterzeichnet:
Hoffmann. Daberkow.

Düsseldorf den 20. April 1848.

Pro extractu:
(gez.) Friderichs.

Freiwilliger Mobilar-Verkauf.

Am Donnerstag den 27. April 1848
und dem folgenden Tage,
jedesmal Nachmittags zwei Uhr anfangend,
werden die auf der ersten Etage des Hauses der Eheleute Lesch, auf der Kasernenstraße, der Garnisonkirche gegenüber, befindlichen Möbel und Mobilar-Effekten, als:

Sopha, Tische, Stühle, Commode, Schränke, Spiegel, Bettstellen, Bettung, Porzellan- und Glassachen, Küchengeräthe, ein neues Fournais nebst Zubehör u. s. w.

öffentlich gegen baare Zahlung zum Verkaufe ausgesetzt.

Düsseldorf, den 20. April 1848.

Wilh. Herkerath,
Gerichtsvollzieher.

Am Oster-Dienstage, Morgens 10 Uhr,

Volks-Lehrer-Versammlungen:

a. Für die Regierungsbezirke Köln, Aachen und Düsseldorf:
in Benrath bei Düsseldorf im Gasthause zur Post.

b. Für die Regierungsbezirke Trier u. Koblenz:
im Gasthause zum Riesen in Koblenz.

Berathungen werden über das Wohl und Wehe des Lehrerstandes vorgenommen werden. Besonders:

1) Daß fernerhin der Lehrer permanent Sitz und Stimme in seinem Schulvorstande erhalte;
2) daß die geistlichen Schulinspektoren abgeschafft und nunmehr bald die Wahl derselben aus dem Lehrerstande beginne;
3) daß die geistlichen Schulräthe ebenfalls beseitigt und dafür höhere Lehrer eingesetzt werden u. s. w.

Das provisorische Comite.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 9. November 1843 (Gesetzsammlung de 1843 Nr. 13) und der betreffenden Bestimmungen des Gesellschaftsstatuts bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß den Herren Ober-Ingenieur Hoffmann und Büreau-Vorsteher Hildebrand die Functionen des Special-Direktors übertragen und dieselben in dieser Eigenschaft ermächtigt sind, gemeinschaftlich und rechtsverbindlich für die Gesellschaft Namens der Direktion zu unterzeichnen.

Aachen, den 11. April 1848.

Die Direction
der Aachen-Düsseldorfer Eisenbahn-Gesellschaft.
Arndts.

Bonn-Kölner Eisenbahn.

Vom 15. April 1848 fahren die Züge täglich

Von Bonn nach Köln:	Von Köln nach Bonn:
6 Uhr Morgens.	6½ Uhr Morgens.
8 „ dgl.	10 „ Vormittags.
12 „ Mittags.	11½ „ Mittags.
2 „ 20 Minuten.	2 „ 50 Minuten.
5 „ Abends.	6¾ „ Abends.
8 „ dgl.	8½ „ dgl.

Die Züge halten an allen Zwischenstationen.

Sämmtliche Künstler Düsseldorfs

werden auf Donnerstag den 20. April, Nachmittags 5 Uhr, in das Geislersche Lokal dringend eingeladen, um

1. über eine die deutsche Kunst im Allgemeinen betreffende Angelegenheit zu beschließen und
2. über die auf den 25. April auf den Galleriesaal ausgeschriebene Künstlerversammlung eine Vorberathung zu halten.

Das Comite.

Bekanntmachung,
den Anfang der Lehrvorträge an der höheren landwirthschaftlichen Lehranstalt zu Poppelsdorf, bei Bonn, im Sommer 1848 betreffend.

Die wissenschaftlichen Vorträge an obengenannter Lehranstalt für das Sommer-Halbjahr 1848 nehmen pünktlich ihren Anfang den 1. Mai d. J., gleichzeitig mit den Vorlesungen an der Universität zu Bonn, mit welcher sie überhaupt auf das Innigste verbunden ist. Diese Vorträge betreffen nicht blos das eigentliche Fachwissen, die Landwirthschaft in ihrem ganzen Umfange, sondern auch die demselben zur Basis dienenden sogenannten Grundwissenschaften, Physik, Chemie, Zoologie, Botanik, Mineralogie, Mathematik u. s. w., sowie mehrere dem landwirthschaftlichen Gewerbe vielfach dienenden und beförderlichen sogenannten Hulfswissenschaften, als: Thierheilkunde, Geschichte und Literatur der Landwirthschaft. Für die zum besseren Verständniß dieser Vorträge erforderlichen praktischen Erläuterungen ist ebenfalls gesorgt und überdies bietet die Universität Bonn die schönste Gelegenheit noch zu vielfacher Erweiterung des Unterrichtes dar.

Wer gesonnen seyn sollte, diese Anstalt zu besuchen, um sich zu einem wissenschaftlichen Landwirth auszubilden und zu dem Ende über die Einrichtung der Anstalt und die Anforderungen, welche an die sie Besuchenden gestellt werden, vorher sich zu unterrichten wünscht, beliebe sich deshalb in portofreien Briefen an die unterzeichnete Direction zu wenden, die auf alle in dieser Beziehung an sie gelangende Anfragen genaue Auskunft ertheilen wird.

Hier sey nur noch erwähnt, daß eine den Anforderungen der Jetztzeit genügende wissenschaftliche landwirthschaftliche Ausbildung nur durch einen zweijährigen Aufenthalt auf der Anstalt von dem, der sie sich allein daselbst erwerben will, zu erlangen, und zu dem Ende auch der vollständige Lehrcursus auf ihr für zwei Jahre in vier Semestern berechnet ist.

Poppelsdorf, bei Bonn, im Februar 1848.

Die Direction
der höheren landwirthschaftlichen Lehranstalt.

Den Empfang der **neuen Moden** zeigen wir hiermit ergebenst an, und empfehlen uns zugleich mit einer Auswahl **Strohhüte** zu sehr billigen Preisen.

Geschw. Schneeloch,
Hohestraße Nr. 908.

---

[150] Wo ein Paar Wagenpferde, die auch als Ackerpferde dienen können, nebst Geschirr billig zu kaufen sind, sagt die Exped. d. Z.

Modehandlung.
Allee- und Communicationsstraßen-Ecke Nr. 436.

Den Empfang der neuesten Pariser Modells für die Sommer-Moden und der übrigen Modeartikel, wobei eine große Auswahl schöner Stickereien in den neuesten Dessins und billigen Preisen, beehren wir uns zu geneigtem Zuspruch hiermit ergebenst anzuzeigen.

Geschw. Kur.

Der Unterricht für das Sommerhalbjahr beginnt in meiner Lehranstalt mit dem 1. Mai.

Anmeldungen neuer Schülerinnen werden täglich von mir entgegen genommen.

Düsseldorf, den 19. April 1848.

Charl. Lautier,
concessionirte Vorsteherin.

Bei meiner Niederlassung hier in Düsseldorf verfehle ich nicht, mich den Bewohnern Düsseldorfs sowie Umgegend, in allen meinem Fache anbelangten Arbeiten zu empfehlen, mit dem Versprechen prompter Behandlung.

Düsseldorf, den 14. April 1848.

Heinrich Herberts,
qualificirter Maurermeister,
wohnend bei Herrn Schlossermeister Kraus, Bastionsstraße Nr. 969.

An meine edeln Freunde und sehr geschätzte Gönner.

Von der höhern Orts von mir beantragten gründlichen Untersuchung meiner Beschwerden überhaupt, worunter auch besonders jene, welche zwei verschiedene zu lithographirende Darstellungen, betreffend das Stamm-Register unseres göttlichen Erlösers Herrn Jesu Christi, die auf Subscription vorlängst hätten erscheinen sollen, mir jedoch zur vorbedungenen Zeit nicht geliefert wurden (weshalb meine geehrte Herren Subscribenten mich zu entschuldigen beliebten), gehört und wovon ich nur alsdann abstehen kann, wenn die in meiner Anzeige Nro. 91 Beil. d. Z. gedachten Schuldner und Verleumder mich und meine unmündigen Kinder und zwar noch in dieser heiligen Woche zufrieden stellen.

Adloff, Kreisbote in Kenney.

Dienstag den 25. April, Nachmittags 5 Uhr,

Versammlung sämmtlicher Bäcker

der Sammtgemeinde Düsseldorf zu einer allgemeinen Berathung bei dem Wirthe Herrn Prehl auf dem Hundsrücken.

Im Namen mehrerer redlich gesinnter Bäckermeister.

Gesellschaft zur „Ludwigsburg."

Die Gesellschaft bezieht mit Samstag den 22. d. Mts. ihr Sommerlokal.

Die Direktion.

---

[152] Es wird ein Kapital von 2 bis 3000 Thlr. ohne Zwischenhändler gegen hypothekarische Sicherheit gesucht. Näheres in der Exp. d. Bl.

In der Alleestraße Nro. 432 sind Parterre und erste Etage möblirt zu vermiethen.

Redacteur: L. Stahl.
Druck und Verlag der Stahl'schen Buchdruckerei.